



Demokratie braucht Chancengerechtigkeit für Kinder und Familien

Positionspapier des Kinderschutzbundes Thüringen im Wahljahr 2024

Der Kinderschutzbund Thüringen sieht sich im Thüringer Landtags-Wahljahr 2024 in der Verantwortung, sich ausgehend von unserer Expertise zu Fragen der Teilhabe von Kindern und Familien sowie in der Wahrung und Durchsetzung ihrer Rechte zu Wort zu melden. Wir richten unseren Appell an die demokratischen Parteien und die Öffentlichkeit: Eine lebendige Demokratie braucht gerechte Chancen für Kinder und ihre Familien!

Im Moment sehen und erleben wir, dass unsere Demokratie zunehmend unter Druck gerät. Der gesellschaftliche Konsens, der ein demokratisches Miteinander als Ausgangspunkt hat, braucht es, gestärkt und weiterentwickelt zu werden. Nur auf dieser Basis kann ein chancengerechtes Aufwachsen von Kindern gelingen. Wir brauchen eine Politik, die transparenter ist und die junge Menschen einbezieht.

In unserem Papier benennen wir wichtige Aspekte in der gebotenen Kürze und laden zur Diskussion darüber ein.

Demokratiebildung und Beteiligung ist Kinderschutz!

Mit Sorge beobachten wir zunehmend ausgrenzende und diskriminierende Tendenzen insbesondere gegenüber Migrant*innen und Minderheiten in gesellschaftlichen und politischen Diskussionen. Dem gilt es angemessen und mit dem Ziel zu begegnen, gesellschaftliche wie politische Diskurse wieder konstruktiv und unter Wahrung der Rechte aller Beteiligten zu entwickeln.

Politisch muss es zukünftig mehr darum gehen, wie wir Kinder und Familien besser in Demokratieprozesse einbinden können, wir brauchen eine Politik, die sich klar zur Demokratie und einem Wertesystem bekennt, indem die Würde des Menschen und das Wohl der Kinder obenan stehen sowie die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Familienmodellen uneingeschränkte Akzeptanz finden.

Es braucht aus unserer Sicht Programme, die *Demokratiebildung* von Anfang an zur Querschnittsaufgabe in den Einrichtungen der Bildung und Betreuung erheben. Für Kinder in der Kita, junge Menschen in der Schule wie auch für Erwachsene allgemein und Familien im Besonderen.

Beteiligung ist für den Kinderschutzbund ein bedeutendes Kriterium demokratischer Bildungsprozesse sowie des Kinderschutzes. Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen sind daher ins Zentrum politischen Handelns zu stellen und überall dort umzusetzen, wo junge Menschen wirken und sie von Entscheidungen betroffen sind,

- Besonders in der Klima- und Umweltpolitik braucht es mehr Berücksichtigung der Belange und Meinungen junger Menschen, denn es geht besonders um deren Zukunft.
- Die Landesstrategie Mitbestimmung muss fortschreiben werden, so dass diese nicht nur für junge Menschen ab 12 Jahren, sondern von Geburt an gilt.
- Die geänderte Kommunalordnung hinsichtlich der Beteiligung junger Menschen gilt bisher auf der Ebene der Gemeinden. Nunmehr ist diese auch auf die Planungen und Vorhaben der Landkreise auszuweiten.
- Besonders ist zu erproben, wie junge Menschen auch in Räten altersgerecht beteiligt werden können.

Kinderrechte in die Verfassung

Kinder und junge Menschen werden im politischen und gesellschaftlichen Kontext zu wenig in den Blick genommen. Daher tritt der Kinderschutzbund dafür ein, die Thüringer Verfassung als auch das Grundgesetz zu ändern und die Kinderrechte aufzunehmen.

Kinderrechte sind Schutzrechte, Beteiligungsrechte und Förderrechte wie elterliche Fürsorge, gewaltfreie Erziehung, Freizeit und Spiel, Bildung, Gesundheit, Schutz im Krieg und auf der Flucht, Gleichheit, die es allumfänglich umzusetzen gilt.



Es braucht der Berücksichtigung des Kindeswohls (the best Interest of the Child) als Grundprinzip bei allen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen, die junge Menschen betreffen.

Der Kinderschutzbund tritt sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene für eine Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre als konkrete Maßnahme zur Stärkung der Beteiligungsrechte junger Menschen ein.

Lebensbedingungen von Familien, Kindern und jungen Menschen verbessern

Armut bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe sichern

Die Entwicklung von Chancengerechtigkeit muss das zentrale Ziel von Familienpolitik sein.

Familienfreundlichkeit wird von einer Politik geprägt, die Familien sichere Handlungsperspektiven eröffnet, sie in ihrer Verantwortung stärkt und in ihren Bedürfnissen entlastet und unterstützt und es ihnen ermöglicht, ihren Alltag im gewählten Lebensmodell zu gestalten. Das Landesprogramm solidarisches Zusammenleben gilt es in diesem Sinne beteiligungsorientiert auszubauen.

Teilhabe fängt spätestens mit der Geburt an und setzt sich in der Förderung und Bildung in der Kita und Schule bis hin ins Berufsleben fort.

Die Politik ist aufgefordert, Rahmenbedingungen schaffen, die Kindern Teilhabe unabhängig von familiären Voraussetzungen ermöglicht:

- Der Thüringer Bildungsplan muss in der Lehrer*innenausbildung/Studium Grundlage werden und in den Schulen gelten.
- Schulen brauchen eine Ausstattung, die sich am Bedarf in Bezug auf die Chancengerechtigkeit der Kinder richtet.
- Mit TIZIAN und ThINKA sind Programme aufgelegt, die es weiterzuführen und auszubauen gilt.
- Zur Armutsbekämpfung brauchen Kinder und Familien die Kindergrundsicherung nach dem Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung.
- Der soziale Wohnungsbau muss stärker gefördert und Segregation verhindert werden
- Es braucht echte Kostenfreiheit von Schule und Bildung für alle Kinder
- Kindern soll eine kostenfreie Teilnahme an der Mittagsversorgung in Kita und Schule ermöglicht werden.

Klima- und Umweltschutz ist für Familien und Kinder elementar für ein gutes und gelingendes Leben. Kinder haben das Recht in einer intakten Umwelt aufzuwachsen.

Klimaschutz darf nicht ohne Nachteilsausgleich in Bezug auf besonders betroffene Familien und Kinder betrieben werden.

Nachhaltigkeit muss mit Rücksicht auf die junge Generation und die Ökosysteme grundlegendes gesellschaftliches Prinzip werden, sowohl im politischen als auch wirtschaftlichen Handeln.

Kinder und Familien brauchen unabhängig ihrer Herkunft (*Migration*), geschlechtlichen Orientierung oder Form des Zusammenlebens für ein gelingendes Leben in demokratischen Verhältnissen ein diskriminierungsfreies Umfeld. Derzeit ist der Alltag junger Menschen und deren Familien mit Migrationshintergrund von Rassismus und Ausgrenzung geprägt.

Aus unserer Sicht ist die Integrationsprogrammatik weiterzuentwickeln. Menschen aus anderen Ländern müssen schnellstmöglich Wege in die Gesellschaft finden und damit auch die Gesellschaft bereichern können.



Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienförderung zukunftsorientiert, individuell und inklusiv gestalten / Chancengerechtigkeit in Bildung und Erziehung verbessern

Das Prinzip gewaltfreier Erziehung muss deutlicher in den erzieherischen Mittelpunkt sowohl im privaten als auch öffentlichen Raum gestellt werden.

- Eltern brauchen Sicherheit und eine Vorstellung davon, wie Erziehung gewaltfrei gelingt - z.B. durch Familienbildung vermittelt,

Die *Kinder- und Jugendhilfe* ist stärker inklusiv und subjektorientiert weiterzuentwickeln, freiheitsentziehende und sonstige Zwangsmaßnahmen, die bspw. in der geschlossenen Unterbringung junger Menschen münden, sind nicht mit den Kinderrechten vereinbar und gehören abgeschafft.

Das Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz ist auf Grundlage des 2021 geänderten SGB VIII (Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes) in der Ende 2023 vorliegenden Fassung weiterzuentwickeln. Hierbei stellt die Ombudsstelle ein bedeutendes Kriterium der Sicherung der Rechte junger Menschen und des Kinderschutzes dar. Die Fachstelle im medizinischen Kinderschutz Thüringen und der Ausbau der Beteiligung würden mit dem ThürKJHAG ihre dringend benötigte Verstärkung erfahren.

Wir fordern den Ausbau von Schutzkonzepten insbesondere im Bereich von Angeboten, die „am Rand der Kinder- und Jugendhilfe“ durch ehrenamtliche Aktivitäten aber auch durch Kulturvereine oder kreative und künstlerische Angebote realisiert werden.

Junge Menschen machen im ländlichen Raum zunehmend die Erfahrung des abgehängt seins. Um dem zu entgegen, braucht es mehr demokratiefördernde Maßnahmen in Jugendarbeit insbesondere im ländlichen Raum, aber auch einer Förderung der Mobilität (wie bspw. eines kostenfreien ÖPNV).

Der Kita-Bereich ist als *Bildungsbereich* zu verstehen und qualitativ entsprechend ebenso zu entwickeln wie im Bereich der Personalausstattung.

Wir brauchen ein an den Bedarfen einer offenen und demokratischen Gesellschaft ausgerichtetes Bildungssystem in der Schule, das mehr die Lebenswelten der jungen Menschen berücksichtigt. Das bedeutet aus unserer Sicht unter anderem:

- mehr individuelle Berücksichtigung und Förderung des einzelnen Kindes,
- Entwicklung der Thüringer Gemeinschaftsschule als zentrale Schulform, die inklusiv und die individuellen Bedarfe der Kinder berücksichtigend, jedem Kind den individuell weitest gehenden Abschluss ermöglicht,
- Aufnahme des inklusiven Gedankens in seiner gesamten Komplexität ins Schulgesetz, um die Vielfalt und Heterogenität der Schüler*innen aufzugreifen,
- Etablierung von Schutzkonzepten und Ombudsstellen an allen Schulen.

Der Kinderschutzbund LV Thüringen fordert die demokratischen Parteien dazu auf, sowohl in den kommenden Wahlkämpfen als auch besonders in der Entwicklung einer auf die Wahrung und Weiterentwicklung unserer Demokratie gerichteten Politik geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Kinder und Familien mit bestmöglichen Teilhabechancen ausgestattet sind. Die Gestaltung des politischen Diskurses muss dabei überzeugend und wirkmächtig als Beispiel für die Gestaltung der weiteren Diskurse innerhalb unserer Gesellschaft dienen können.